

Steigende Strompreise? Grüne Politik ist dafür verantwortlich!

geschrieben von Chris Frey | 4. Dezember 2025

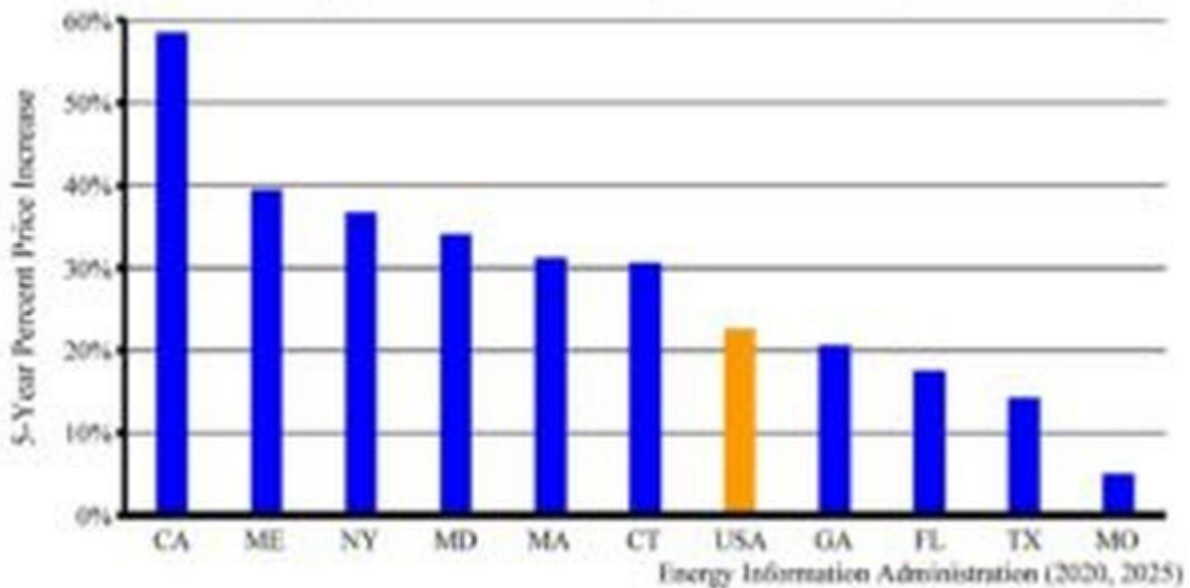
[CFACT Ed](#), [Steve Goreham](#)

Die Strompreise steigen, und die Demokraten geben Präsident Trump die Schuld dafür. Seit Jahren wird in Medienartikeln behauptet, dass erneuerbare Energien den günstigsten Strom liefern und dass Wind- und Solarkraftwerke billiger seien als Kohle, Erdgas und Kernkraft. Aber in den US-Bundesstaaten, die auf grüne Energie setzen, Wind- und Solaranlagen installieren und Kohlekraftwerke schließen, steigen die Preise rasant an.

Rahm Emanuel, ehemaliger demokratischer Bürgermeister von Chicago und Stabschef des Weißen Hauses, [sagte](#) kürzlich, dass höhere Stromrechnungen „eine direkte Folge des One Big Beautiful Bill Act ([OBBA](#)) sind, der die Subventionen für grüne Energie gekürzt hat“. Der OBBA wurde jedoch erst im Juli verabschiedet, die Subventionskürzungen treten erst 2027 in Kraft, und die Strompreise steigen bereits seit vielen Jahren, obwohl die Subventionen weiterhin gezahlt wurden. Staaten, die sich für grüne Energie einsetzen und sich intensiv mit Klimapolitik beschäftigen, leiden unter den steigenden Preisen.

Daten des US-Energieministeriums (DOE) [zeigen](#), dass die Strompreise in Kalifornien, Connecticut, Maine, Maryland, Massachusetts und New York in den letzten fünf Jahren um mehr als 30 Prozent gestiegen sind, verglichen mit nur 22,5 Prozent auf nationaler Ebene. Aufgrund der Klimapolitik haben diese Bundesstaaten in den letzten 15 Jahren ihre Kohlekraftwerke geschlossen, mit Ausnahme eines Kohlekraftwerks in Maryland und eines in Maine. Im Vergleich dazu steigen die Preise in Georgia, Florida, Missouri, Texas und anderen Bundesstaaten, die weniger von Initiativen für grüne Energie betroffen sind, weniger stark als im US-Durchschnitt. Diese Bundesstaaten setzen weiterhin auf kostengünstigere Kohlenwasserstoffe für die Stromerzeugung.

State Electricity Price Increases, All Sectors (2019-2024)



Die Strompreise in Kalifornien sind in den letzten fünf Jahren um 59 % gestiegen. Der Bundesstaat hat alle Kohlekraftwerke bis auf eines und alle Kernkraftwerke bis auf das Kraftwerk Diablo Canyon geschlossen. Kalifornien hat nun mit 31,9 Cent pro Kilowattstunde die zweithöchsten Strompreise für Privathaushalte in den USA, fast doppelt so viel wie der nationale Durchschnittspreis von 16,5 Cent. Die massiven Investitionen des Bundesstaates in erneuerbare Energien, die 2024 mehr als die Hälfte der [Stromerzeugung](#) in Kalifornien ausmachten, haben den Preisanstieg vorangetrieben.

Die Strompreise in Massachusetts sind in den letzten fünf Jahren um 31 % gestiegen. Die Preise für Privathaushalte liegen bei 29,4 Cent/kWh und sind damit die dritthöchsten in den USA. Aufgrund der Schließung von Kohlekraftwerken und des Kernkraftwerks Pilgrim im Jahr 2019 [erzeugt](#) der Bundesstaat nur noch etwa die Hälfte der Strommenge, die er 2010 produziert hat. Im Jahr 2024 stammte etwa ein Viertel der Stromerzeugung in Massachusetts aus gewerblichen und privaten Solaranlagen. Es ist geplant, dass alle neuen Erzeugungskapazitäten aus Wind- und Solarenergie stammen sollen.

Die steigenden Strompreise waren ein zentrales [Thema](#) bei den Gouverneurswahlen in New Jersey. Die Kandidaten Jack Citterelli und Mikie Sherrill kritisierten beide die Energiepolitik des scheidenden Gouverneurs Phil Murphy. Angetrieben von den Zielen für grüne Energie [schloss](#) New Jersey während der Amtszeiten der Gouverneure Murphy und Chris Christie ein Kernkraftwerk, fünf Kohlekraftwerke und zwei Gaskraftwerke. Aufgrund der Kraftwerksschließungen muss der Bundesstaat nun etwa ein Fünftel seines Stroms aus anderen Bundesstaaten importieren. Sowohl Murphy als auch Christie förderten die Offshore-Windenergie, doch diese Projekte sind nun aufgrund steigender Kosten und des Widerstands der Trump-Regierung ins [Stocken](#) geraten.

Grün-politische Maßnahmen haben in Neuengland zu einer kostspieligen [Erdgasverknappung](#) geführt. Im Jahr 2024 wurden 55 % des Stroms für Haushalte in Neuengland aus Gas [erzeugt](#). Doch mehr als ein Jahrzehnt lang blockierte New York den Bau von Gaspipelines nach Neuengland, um die CO₂-Emissionen zu reduzieren. Um die Verknappung zu verringern, importiert die Region Flüssigerdgas aus Kanada und Übersee zu höheren Preisen.

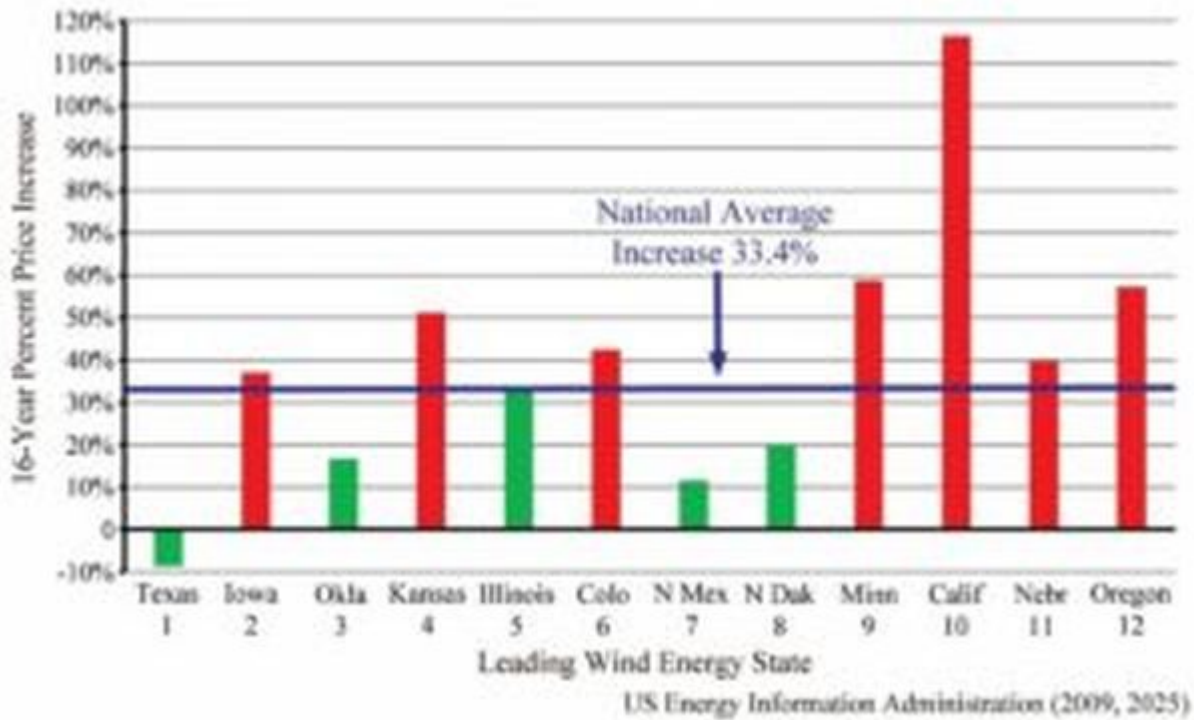
Der Mangel an Pipelines zwingt die Einwohner von Connecticut und anderen Bundesstaaten Neuenglands dazu, im Vergleich zu Einwohnern anderer Bundesstaaten bis zu doppelt so viel für Gas zu bezahlen. Die Strompreise in Connecticut sind in den letzten fünf Jahren vor allem aufgrund der Gasbeschränkungen um 31 % gestiegen. Die Trump-Regierung drängt auf die Wiederbelebung der Constitution- und [NESE-Pipelines](#), um kostengünstigeres Gas nach Neuengland zu bringen – Projekte, die von New York blockiert wurden.

Die Strompreise in New York sind in den letzten fünf Jahren um 37 % gestiegen. Der New York State Scoping [Plan](#) sieht vor, dass bis 2030 70 % des Stroms aus erneuerbaren Energien und bis 2040 100 % aus emissionsfreien Quellen stammen sollen. Der Bundesstaat hat 2020 sein letztes [Kohlekraftwerk](#) und auch das [Kernkraftwerk](#) Indian Point geschlossen und plant, zunehmend Strom aus Wind- und Solarenergie zu erzeugen. Da erneuerbare Energien jedoch nicht schnell genug ausgebaut wurden, [warnt](#) der New York Independent System Operator nun vor einer zunehmenden Stromknappheit.

Die Strompreise in Florida, Georgia, Missouri und Texas sind in den letzten fünf Jahren um 21 % oder weniger gestiegen. Diese Bundesstaaten setzen weiterhin auf kostengünstigere Kohlenwasserstoffbrennstoffe zur [Stromerzeugung](#): Florida (73 % Gas, 6 % Kohle), Georgia (41 % Gas, 16 % Kohle), Missouri (14 % Gas, 67 % Kohle) und Texas (54 % Gas, 21 % Kohle).

Andere Daten des DOE zeigen, dass die Strompreise in den führenden Windstaaten in den meisten Fällen schneller steigen als der nationale Durchschnitt. Von 2008 bis 2024 [stiegen](#) die nationalen Preise um 33,4 %, wobei der größte Teil des Anstiegs in den letzten fünf Jahren zu verzeichnen war. In sieben der zwölf führenden Windenergie-Bundesstaaten stiegen die Strompreise jedoch schneller als im nationalen Durchschnitt, darunter Kalifornien (116 %), Minnesota (59 %), Oregon (57 %), Kansas (51 %), Colorado (42 %), Nebraska (40 %) und Iowa (37 %). Windenergie ist [teurer](#) als herkömmliche Stromquellen, da sie große Flächen benötigt, zwei- bis dreimal so viel Übertragungsinfrastruktur erfordert und aufgrund ihrer Unbeständigkeit durch regelbare Kraftwerke abgesichert werden muss.

Electricity Price Increase in Leading US Wind States (2008-2024)



Die Demokraten sollten aufhören, den Republikanern die Schuld für die steigenden Energiepreise in den von Demokraten regierten Bundesstaaten zu geben, die durch ihre eigene grüne Energiepolitik verursacht werden. Wenn sie wollen, dass sich die Preise umkehren, sollten sie die Stromquellen nutzen, die tatsächlich billiger sind.

Originally published in [The Wall Street Journal](#).

Link:

<https://www.cfact.org/2025/11/26/electricity-prices-going-up-green-policy-is-to-blame/>

Übersetzt von [Christian Freuer](#) für das EIKE